

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 35. Sitzung

am Donnerstag, dem 19. Februar 2015, 9:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität	4
hier: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1291/2013 und (EU) Nr. 1316/2013	
hierzu: Umdrucke 18/3994 , 18/4024	
2. Verschiedenes	7

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 9 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

hier: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1291/2013 und (EU) Nr. 1316/2013

hierzu: [Umdrucke 18/3994](#), [18/4024](#)

Einleitend führt Herr Dr. Nägele, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, aus, dass der angesprochene Fonds für strategische Investitionen politisch und publizistisch hohe Wellen geschlagen habe, man jedoch fachlich von der Umsetzung relativ weit entfernt sei. Das sogenannte Juncker-Paket, zu dem die Einrichtung des Fonds für strategische Investitionen gehöre, sei bisher erst grob umrissen. Aufmerksam beobachte die Landesregierung die Arbeit der Kommission. Es sei jedoch noch nicht einzuschätzen, wo die Chancen in diesem Paket lägen. Der Verordnungsvorschlag bestehe aus zwei Elementen, der Einrichtung eines Verzeichnisses europäischer Investitionsprojekte, wozu bereits eine Liste benannter Projekte existiere - diese seien jedoch nicht von der Landesregierung benannt worden -, sowie einer europäischen Plattform für Investitionsberatung, die zusammen mit der Europäischen Investitionsbank erstellt werden und bei der Umsetzung der Projekte helfen solle. Der Ansatz der Europäischen Kommission sei insofern überraschend, als vorgesehen sei, 315 Milliarden € Investitionsgelder durch die Bereitstellung von 21 Milliarden € zu mobilisieren. Dabei sei noch nicht abschließend geklärt, ob die insgesamt 21 Milliarden € in bar, als Bürgschaften oder als Sicherheiten zur Verfügung gestellt werden sollten.

Die Bereiche - so führt Staatssekretär Dr. Nägele weiter aus -, in denen Investitionen mithilfe dieses Fonds getätigt werden sollten, umfassten so gut wie sämtliche denkbaren Investitionsbereiche, die in staatlicher oder nahe bei staatlicher Verantwortung lägen. Für Schleswig-Holstein interessant sei besonders die Zurverfügungstellung von Mitteln für kleine, mittelständische und große Unternehmen bis zu 3.000 Beschäftigten. Im Moment sei noch nicht klar, ob die Investitionen auch im Rahmen von ÖPP-Projekten realisiert werden sollten. Er halte es für zweifelhaft, ÖPP-Projekte mithilfe derartiger Investitionshilfen über die Rentabilitätsschwelle zu heben, wenn diese nicht bereits zuvor darüber gelegen hätten. Volkswirt-

schaftlich scheine ihm dies nicht sinnvoll zu sein. Eine andere denkbare Variante sei eine Anschubfinanzierung, jedoch seien dafür die bisher in Rede stehenden 7 % bis 8 % sehr wenig. Er sagt zu, dem Ausschuss eine Zusammenstellung der Projekte zur Verfügung zu stellen, die sich bereits auf der Liste befänden und für Norddeutschland relevant seien, unter anderem die Modernisierung des UKSH, der Bau von Stromtrassen oder Offshore-Projekte. Interessanterweise befänden sich wesentliche Infrastrukturprojekte wie die Rader Hochbrücke oder die Fehmarnbelt-Querung nicht auf der Liste. Über die von der Europäischen Kommission vorgesehene Online-Plattform könnten Staaten und Länder formlos Projekte anmelden. Zurzeit laufe die Sammlungsphase. Er unterstreicht, dass das Land Entscheidungen selbst treffen wolle.

Auf Bitte des Vorsitzenden sagt Staatssekretär Dr. Nägele zu, den Ausschuss über den Fortgang auf dem Laufenden zu halten, auch über die laufenden Fristen. Er sagt zu, dem Ausschuss die vom Bund an die Europäische Kommission gemeldete Liste zukommen zu lassen.

Abg. Pauls äußert ihr Befremden dahin gehend, dass die Länder bei der Erstellung der Liste nicht eingebunden worden seien. - Staatssekretär Dr. Nägele weist darauf hin, dass nach Informationen der Landesregierung und Rücksprache mit anderen Ländern kein Land bei der Erstellung wirklich eingebunden worden sei.

Von Abg. Poersch auf den Zeitplan angesprochen, führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass der Fonds im Sommer seine Arbeit aufnehmen solle, es zurzeit aber nur einen Verordnungsentwurf gebe. In dem jetzt anlaufenden Verfahren, das auch Bundestag und Bundesrat mit einschließe, hätten auch die Länder die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Diese Möglichkeit werde das Land auch nutzen.

Abg. Weber interessiert, wie die Summe von 21 Milliarden € im EU-Haushalt etatisiert sei und mit welcher Maßgabe die Behandlung im Europäischen Parlament stattgefunden habe.

Staatssekretär Dr. Nägele führt aus, dass sich die 21 Milliarden € aus 5 Milliarden € der Investitionsbank zusammensetzten und die übrigen 16 Milliarden € aus EU-Töpfen stammen sollten. Ein Teil der Mittel solle auch aus einer Umschichtung unter anderem aus „Connecting Europe“ stammen, allerdings bestehe Aufklärungsbedarf dahin gehend, warum aus „Connecting Europe“ förderfähige Projekte nicht direkt von dort finanziert werden sollten, sondern über den Umweg über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen.

Der Vorsitzende bittet um eine detailliertere Information des Europaministeriums und gegebenenfalls des Hanse-Office zu dieser Thematik.

Auf eine Nachfrage der Abg. Damerow zur Vernetzung Schleswig-Holsteins und zur mangelnden Information unterstreicht Staatssekretär Dr. Nägele, dass auch die anderen Länder nicht früher informiert worden seien. Eine Einflussnahme zum jetzigen Zeitpunkt sei aus Sicht der Landesregierung nicht nötig, da durch das offene Verfahren eine Nachmeldung von Projekten möglich sei. Auf Einzelprojektebene gebe es noch Erklärungsbedarf, zum Beispiel, warum ein bereits genehmigtes Projekt wie das UKSH im Nachhinein gefördert werden solle. Auch die Förderung der Schleusen am Nord-Ostsee-Kanal erschließe nicht ohne Weiteres. Das Land werde den von dem Fonds vorgesehenen Weg gehen, die für das Land mit einem Mehrwert verbundenen Projekte anzumelden und bei größeren Infrastrukturprojekten eine Anmeldung mit dem Bund rückkoppeln.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, dass sich die europapolitischen Sprecher am Rand des Plenums über die thematischen Schwerpunkte der Reise nach Brüssel sowie über die Vorbereitung des Gesprächs zwischen europapolitischen Sprechern und der Europaministerin bezüglich der Identifizierung der Schwerpunkte im Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission verständigen sollten.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 9:25 Uhr.

gez. Peter Lehnert
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer